



HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2021

Kleine Anfrage

Nancy Faeser (SPD) und Günter Rudolph (SPD) vom 08.03.2021

KOMPASS-Umfrage – Teil II

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

In einer kleinen Anfrage (Drucks. 20/4276) wurde problematisiert, dass im Rahmen der KOMPASS-Umfrage in Flörsheim „Ausländer/Flüchtlinge“ als „dringliches Problem“ angeklickt werden konnten. Das Innenministerium teilt in seiner Antwort mit, dass bisher keine Anhaltspunkte vorlägen, dass die Kompass-Fragebögen des Polizeipräsidiums Westhessen nicht nur in Flörsheim, sondern auch in anderen Kommunen verwendet wurden. In der Kompass-Umfrage der Stadt Hofheim sind allerdings vergleichbare Antwortmöglichkeiten ausgewiesen. So werden dort nicht nur „Migranten“ und „Flüchtlinge“ als mögliche Probleme benannt, sondern auch „Parallelgesellschaften“ und „Shisha-Bars“, was insbesondere mit Blick auf das rassistische Attentat von Hanau besonders unpassend erscheint.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Mit der bundesweit vorbildhaften Sicherheitsinitiative KOMPASS (KOMmunalProgrAmm SicherheitsSiegel) hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) ein bundesweit einmaliges Programm geschaffen, um die Sicherheitsarchitektur in Hessen mit passgenauen Lösungen in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln. In den bereits 89 teilnehmenden hessischen Kommunen profitieren etwa 2,5 Mio. hessische Bürgerinnen und Bürger von der Präventionsinitiative KOMPASS. Weitere Städte und Gemeinden haben sich beworben und sollen im Frühjahr 2021 in die KOMPASS-Familie aufgenommen werden.

KOMPASS ist ein Angebot an die Städte und Gemeinden in Hessen und zielt auf eine nachhaltig ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit in Sachen Sicherheit und Sicherheitsgefühl vor Ort ab.

Die Polizei Hessen bietet an, gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern, die spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse, also auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zu erheben, zu analysieren und gemeinsam ein passgenaues Lösungsangebot zu entwickeln.

Dabei versteht sich KOMPASS als übergreifendes Präventionsprogramm, mit dessen Hilfe aus der Fülle von Präventionsangeboten exakt diejenigen gewählt werden können, welche das Sicherheitsgefühl in der eigenen Nachbarschaft oder der gesamten Stadt bzw. Gemeinde stärken.

Aus diesem Grund wurden im Rahmen von KOMPASS bereits Bürgerbefragungen initiiert, die die spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse erheben, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung messbar zu machen.

Um den möglichen Präventionsansätzen eine Grundlage voranzustellen, wird das Programm wissenschaftlich eng begleitet, um die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes mit einzubeziehen.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen hat sich bereits herausgestellt, dass eine noch engere Vernetzung und der damit verbundene gemeinschaftliche Wille, die Sicherheit vor Ort zu verbessern, Früchte trägt und dabei unter anderem das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärkt.

Die Stadt Hofheim am Taunus ist am 7. November 2019 offiziell als KOMPASS-Kommune durch das Polizeipräsidium Westhessen begrüßt worden. In diesem Zusammenhang wurde zur Erhebung der beschriebenen Sicherheitsbedürfnisse von der Kommune das Instrument der Bürgerbefragung ausgewählt.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 20/4276 verwiesen.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wer hat den KOMPASS- Fragebogen für die Stadt Hofheim erstellt?

Bei diesem Fragebogen handelt es sich um den Bogen, der von der Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen erstellt und explizit für Befragungen bei repräsentativen Bürgerbefragungen verwendet wird und hier an die Gegebenheiten der Stadt Hofheim am Taunus angepasst wurde. Diese Befragungen werden ausschließlich durch den Fachbereich Rechtswissenschaft der JLU Gießen durchgeführt und ausgewertet.

Frage 2. Seit wann sind dem Innenministerium die Frage- und Antwortmöglichkeiten der Kompass-Umfrage in Hofheim bekannt?

Dem Landespolizeipräsidium im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport wurde dieser Fragebogen und damit die Fragestellungen im Detail am 18. März 2021 im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Kleinen Anfrage seitens des Polizeipräsidioms Westhessen auf Anforderung übermittelt.

Insgesamt wurden im Polizeipräsidium Westhessen sieben repräsentative Bürgerbefragungen durch die JLU Gießen durchgeführt, dies sind neben Hofheim am Taunus, Bad Soden, Usingen, Bad Homburg, Hattersheim, Schwalbach am Taunus und Taunusstein.

Frage 3. Warum hat das Innenministerium auf die KOMPASS-Umfrage, die bereits letzten Sommer in Hofheim stattfand, bisher nicht reagiert?

Frage 4. Wie bewertet das Innenministerium die Antwortmöglichkeiten der KOMPASS-Umfrage der Stadt Hofheim?

Frage 5. Sieht das Innenministerium noch immer keinen Grund, Konsequenzen aus den Vorgängen zu ziehen? Falls nein, warum nicht? Falls ja, welche Konsequenzen wird es daraus ziehen?

Die Fragen 3, 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die repräsentative Bürgerbefragung in Hofheim am Taunus, die durch die JLU Gießen durchgeführt wurde, entspricht wissenschaftlichen Standards.

In den betreffenden Fragestellungen werden als bedrohlich wahrgenommene Örtlichkeiten und soziale Desorganisation (sogenannte „Incivilities“) behandelt. Den Befragten sollen durch diese Fragen gerade keine Unterstellungen ermöglicht werden. Stattdessen lassen sich aus den Antworten dieser Fragen neben persönlichen Einschätzungen der Befragungsteilnehmer auch etwaige Vorurteile ableiten, deren Bekanntsein zur Planung von Präventionsmaßnahmen wichtig ist.

Frage 6. Wie stellt das Innenministerium insbesondere sicher, dass im Rahmen der KOMPASS Umfragen nicht erneut Antwortmöglichkeiten herausgegeben werden, die wie in Flörsheim und Hofheim dafür sorgen, dass Menschen auf Grund ihrer Herkunft als Bedrohung gesehen und damit diskriminiert werden?

Das HMDIS sieht keinen Grund für die Annahme, dass sich das bei der Befragung in Flörsheim aufgetretene Versehen wiederholen wird. Der Vorgang wurde mit allen Polizeipräsidiien im Rahmen des regelmäßigen und dauerhaften Erfahrungsaustauschs unter Federführung des Landespolizeipräsidioms intensiv erörtert und wird auch künftig weiter thematisiert werden. Eine Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft war zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise intendiert.

Hinsichtlich der Befragung in Hofheim am Taunus verweisen wir auf die Antwort zur Frage 3.

Frage 7. Inwiefern zieht das Innenministerium insbesondere in Erwägung, die Frage und Antwortmöglichkeiten der Umfragen zu überprüfen, um vergleichbare Vorfälle künftig zu vermeiden?

Der von der JLU-Gießen entwickelte Fragebogen entspricht wissenschaftlichen Standards und diente auch in Hofheim am Taunus insbesondere der Erhebung der subjektiven Sicherheitslage. Den Stand der Sicherheit in einer Kommune lediglich anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu erfassen, hat nur eine begrenzte Aussagekraft. Neben einer objektiven Sicherheitsanalyse bedarf es deshalb auch einer subjektiven Sicherheitsanalyse, da diese aufzeigt, ob die Bürgerinnen und Bürger sich sicher fühlen.